

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Lebensmittelkontrolle

GR. **Pogner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Anfrage betrifft die Lebensmittelkontrolle. In Graz werden an Samstagen auf 16 Lebensmittelmärkten von über 500 Marktbesickern und Händlern Waren zum Verkauf angeboten. Die Grazer Märkte sind damit ein ganz wichtiger Nahversorger unserer Bevölkerung. Darüber hinaus sind sie aber auch eine Attraktion für Graz-Besucher aus aller Herren Ländern. Dabei ist vor allem wichtig, dass sich die Kunden sicher sein können, dass die angebotenen Waren lebensmittelhygienisch einwandfrei sind. Ebenso ist es natürlich von Bedeutung, dass zum Beispiel nur marktfähige Pilze angeboten werden oder dass überhaupt nur Waren zum Verkauf gelangen, die am Markt erlaubt sind. An Samstagen, und das ist der stärkste Markttag, da ist es ganz wichtig, dass eben auch da von der Lebensmittelkontrolle Untersuchungen und Kontrollen vorgenommen werden, denn viele unserer Marktbesicker kommen ins Grazer Marktgebiet nur mehr an Samstagen. Die sind nur mehr am Samstag da und können also daher nur am Samstag kontrolliert werden. Und damit die Bevölkerung, der Bürger die Gewissheit hat, dass die angebotenen Waren auch tatsächlich überprüft sind und in Ordnung sind, wäre es notwendig, dass die Lebensmittelkontrolle in ausreichender Personalstärke ihren Überprüfungen an den Samstagen nachkommen kann. Denn derzeit, und das ist der Grund meiner Anfrage, derzeit ist am Samstag nur ein Lebensmittelkontrollor im Einsatz.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion richte ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

warum die Lebensmittelkontrolle trotz dieses ersichtlichen Kontrollbedarfes und trotz der notwendigen Qualitätssicherung für die Grazer Bevölkerung seit einiger Zeit an Samstagen – noch einmal, unser stärksten Markttag - nur mehr mit einem Kontrolleur

Dienst verrichtet und wie die damit die Lebensmittelsicherheit für die Grazer Bevölkerung gewährleisten können (*Applaus ÖVP*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Umwandlung von Wasserschutzsorgegebieten

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Du hast die halbe Anfrage schon vorgelesen, ich stelle an dich die

A n f r a g e :

Welche Wasserschutz- und Wasserschongebiete und in welchem Flächenausmaß wurden in Graz seit der letzten großen Revision des Flächenwidmungsplanes aufgehoben?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Maßnahmenpaket gegen Grazer „Lärmzonen“

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister! Tatsache ist, dass Lärm, wie auch eine Studie im Forschungsverbund Lärm & Gesundheit im Auftrag der WHO zeigt, einer der bedeutendsten Faktoren ist und die Gesundheit nachträglich beeinträchtigt.

Umso wichtiger wäre es, diesem Umstand Rechnung zu tragen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu setzen und das Gesundheitsrisiko Lärm nicht durch Pseudomaßnahmen, und darunter meine ich nach wie vor auch das Handyverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln, zu verniedlichen. Oder etwa, wie das jüngste Beispiel zeigt, bei aller Wertschätzung, Herr Bürgermeister, lieber Siegfried Nagl, mit der Einführung von Ruhezeiten in Parks oder am Schloßberg den Blick auf das wahre Ausmaß des Themas Lärmbelastung zu hintertreiben. Sagen wir es klar und deutlich: AnrainerInnen des Bahnhofsgürtels, der Wienerstraße, der Liebenauer Hauptstraße, der Radegunder Straße, der Kärntner Straße, der Plüddemangasse, und diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen, in dieser Stadt fortsetzen, müssen sich ob deines Vorschlages von Ruhezeiten, salopp formuliert, etwas gepflanzt fühlen.

Ich meine und wir meinen, nicht Telefonieren in der Tram, am Schloßberg oder im Stadtpark ist eine Gesundheitsgefährdung, davon spricht die WHO nicht. Sie nennt die wahren Problemfelder, das sind der Straßenverkehrslärm, lieber Georg Topf, wie du weißt, Fluglärm, Schienen-, Gewerbe- und Nachbarschaftslärm sind die wirklich gefährlichen Faktoren, die zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen, die das Risiko für Allergien, Herz-Kreislaufkrankungen, Bluthochdruck und Migräne erheblich ansteigen lassen. Und ganz besonders die lärmbedingten Schlafstörungen, die laut dieser Studie eine enorme Gefahr darstellen, die das Risiko für Allergien um 46 Prozent, für Herz-Kreislauf-Symptome um 45 Prozent, für Bluthochdruck um 49 Prozent und für Migräne um 56 Prozent ansteigen lassen.

Das sind seriöse Untersuchungsergebnisse im Auftrag der WHO, die sehr ernst zu nehmende Aussagen beinhalten - Lärmbelastung ist demnach ganz sicher kein Thema, das durch reine Alibihandlungen sich eignen würde. Oder will man den BewohnerInnen etwa des Bahnhofsgürtels nahe legen, in der Nacht nicht in einer Ruhezone im Stadtpark campieren zu wollen? Wenn Lärm wirklich thematisiert werden soll, wenn es ernst gemeint ist, wie wir es auch im Umweltausschuss, lieber Vorsitzender, mit einem Aktionsprogramm gegen die Lärmbelastung dagegen setzen wollen, dann nützen nicht ein paar Oasen in dieser Stadt unserer Meinung nach,

nein, ganz im Gegenteil: Das wirkt vielmehr so, als wolle die Politik sich und den Betroffenen Sand in die Augen streuen, wie dies ja auch bereits auch unser Gesundheitsstadtrat Wolfgang Riedler angesichts der Einführung des Handyverbots in den öffentlichen Verkehrsmitteln kritisierte. Deshalb meine ich und sage ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die Lärmbelastung und die gesundheitlichen Folgen endlich seriös zum Thema zu machen und in einem ersten Schritt unter Einbindung der Bezirksvertretungen die gravierendsten „Lärmzonen“ in der Landeshauptstadt Graz erheben zu lassen, um daraus gemeinsam mit dem Umweltausschuss ein Maßnahmenpaket gegen die Lärmbelastung entwickeln zu lassen. Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, ich danke dir. Wenn du meinst, ich möge seriös handeln, dann fordert mich das insofern heraus, weil ich glaube, sehr sorgsam mit dem Thema umzugehen. Du weißt, dass wir in der Stadtregierung sowohl von Seiten der Frau Vizebürgermeisterin über das Umweltamt als auch in der Zuständigkeit des Gesundheitsreferenten gute Arbeit leisten, dennoch möchte ich auch als verantwortlicher Politiker in der Stadt immer wieder darauf aufmerksam machen, dass wir in diesem Land Steiermark und vor allem im Großraum Graz schon dermaßen viele Krankenstände haben, die alle oder die zu 45 % mittlerweile psychosomatische Behandlungen erfordern, dass wir neben unserer Drogensucht auch noch ungefähr 11 % der verkauften Medikamente im Land Steiermark schon Psychopharmaka haben und dass wir irgendwo eine Ursache dafür auch finden müssen, wo kommt das her und ich versuche, Probleme an der Wurzel zu lösen, und unter anderem ist Lärm ein Thema. Seriöserweise arbeiten hier auch im Stadtsenat in den jeweiligen Ressorts die Hauptverantwortlichen. Jedes Jahr zum internationalen Tag gegen den Lärm oder Welttag gegen den Lärm, wie er mittlerweile schon heißt, sollten neue Ideen einfließen. Ich habe im vergangenen Jahr, glaube ich, sehr seriöse auch mit Studien hinterlegt, einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, der nicht nur aus einem Handygebot und Handyverbot damals bestand, sondern wo es auch um die Verwendung von Flüsterasphalt, um den

Einbau von Flaschencontainern unter dem Niveau, unter dem Erdboden geht, damit diese Flascheneinwürfe nicht einen solchen Lärm erzeugen und, und, und. Es gibt Städte in Europa, die uns da einiges voraus haben und ich weise immer darauf hin, dass wir da, sage ich, durchaus auch ganz stark an diesem Tag des Lärm, gegen den Lärm, internationaler Tag gegen den Lärm, auch mit dabei sind. Im vergangenen Jahr hat es diese Liste gegeben, selbstverständlich war das Handyverbot und dann Handygebot etwas, was besonders wachgerüttelt hat, bin froh drüber und die zweite Angelegenheit heuer ist, dass ich glaube, dass es auch notwendig ist, jenen Menschen, die du zitiert hast, jetzt auch zu zeigen, dass wir es ernst meinen. Und zwar gerade wenn jemand am Bahnhofgürtel wohnt, gerade wenn jemand dort Tag und Nacht diesen Verkehrslärm zu ertragen hat oder auch im Süden den Fluglärm, dann fährt er vielleicht, auch wenn es ihm nicht so gut geht, nicht mit dem eigenen Auto, sondern vernünftigerweise auch mit der Straßenbahn in einen Bereich der Stadt Graz, wo Menschen schon vorausgedacht haben, dass man solche Ruheplätze braucht und dazu gehören zum Beispiel der Schloßberg und der Stadtpark. Wenn sie beim Hineinfahren dann wieder eine Lärmbelästigung erleben, wenn sie sich dann niederlassen wollen und im Stadtpark kommt dann jemand, der mit dem Ghettoblaster daneben auch loslegt, dann findet er auch diese Oasen nicht mehr, deswegen nichts anderes als die Idee zu sagen, zum Beispiel am Schloßbergplateau oder auch in Bereichen des Stadtparks, es gibt ein paar Plätze, wo man durchaus auch ein bisschen mehr Rücksicht nimmt auf denjenigen, der daneben auch diesen Stadtpark genießt und das, glaube ich, ist durchaus ein seriöser Vorschlag von mir. Mit der Frau Vizebürgermeisterin wollen wir ein paar solche Flächen ausweisen, es ist auch so, dass zum Beispiel Studierende jetzt sehr stark den Stadtpark frequentieren und ihn annehmen und darüber sollte man froh sein, gerade jetzt vor zwei Wochen, wie der Frühling sich von der schönsten Seite gezeigt hat, war der Stadtpark voll mit Studierenden, da gibt es welche, die sich unterhalten, die lachen, die spielen, die sportlichen Betätigungen nachgehen und dann gibt es ein paar, die wollen dort aber auch einmal eine kleine Pause haben, es gibt dort welche, die wollen dort lernen und da schadet sicher nicht, wenn man die eine oder andere Ruhezone ausweist, das ist keine Verbots- und Gebotsgeschichte, sondern einfach eine Rücksichtnahme und ich glaube, mit dem Thema gehe ich sorgsam um, ich möchte schauen, dass die Menschen wegkommen von diesem enormen Druck, da haben wir viel zu tun auch in den nächsten Jahren, das müssen wir gemeinsam tun, deswegen wollte ich dir das so beantworten. Ich gehe da nicht unseriös vor, ich

unterstütze all das, was auch von Gesundheits- und Umweltamtseite kommt, aber mache auch selber politisch gerne Vorschläge zu diesem Thema (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, ich danke dir für die rasche Beantwortung, ich glaube, das ist sehr wichtig gewesen, was du gesagt hast, ich würde dann noch sozusagen unseren gemeinsamen Umweltausschussvorsitzenden ersuchen, der wird das sicher mittragen, dass wir das Thema Lärm konzeptionell und strukturell und auch inhaltlich so bearbeiten, dass wir auch einen Bericht dem Gemeinderat rechtzeitig vorlegen können, ich glaube, wir werden die Unterstützung der Vizebürgermeisterin Rucker sicher finden (*Applaus SPÖ*).

4) Österreichs Ausstieg aus CERN

GR. **Herper** stellt folgende Anfrage:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerda, du brauchst dich nicht echauffieren, wie du es immer üblich tust, ich sage das sehr vornehm. Es geht um Österreichs Ausstieg aus dem CERN, was ich ja auch sicher mit der Unterstützung von Peter Piffel, dem Wissenschaftsreferenten sage. Österreich plant, nach 50 Jahren seine Mitgliedschaft im Europäischen Physik-Labor CERN bei Genf zu beenden. Dies hat Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn vor Tagen angekündigt. Seitdem hagelt es heftige Proteste von Wissenschaftlern. Bereits bis Mitte der Woche sind mehr als 8.000 Unterschriften gegen diesen Plan zustande gekommen. Ich weiß das selber, weil mein Sohn Physik studiert, und auf der Uni und auf der TU herrscht große Aufregung sowohl unter den Studierenden als auch unter den Lehrenden. Forscher sind entsetzt, wie zum Beispiel der bekannte Wiener Physiker Walter Thirring, der die Entscheidung für eine „Katastrophe“ hält. Auch für den Atomphysiker Karl Zankel, auch nicht ganz unbekannt, der am CERN tätig gewesen ist vor Jahren, ist dieser Plan nicht nachvollziehbar. Herbert Pietschmann, den du sicher kennst, Peter Piffel, früher Direktor des Instituts für Hochenergiephysik

der Österreichischen „Akademie der Wissenschaften“, spricht von einem „historischen Irrtum“.

Für die meisten der wissenschaftlichen Community ist dies der „dümmste Zeitpunkt“, so Zitat aus der Kleinen Zeitung, für einen CERN-Ausstieg; und wie gesagt, die Studierenden protestieren, da sie ihrer Meinung nach enorm vom CERN-Projekt profitieren, an dem viele hochkarätige österreichische WissenschaftlerInnen und Lehrende beteiligt sind. Und auch aus der Wirtschaft kommt entsprechende Kritik.

Der Jahresbeitrag Österreichs zu der weltgrößten zivilen Forschungsanlage betrage 20 Millionen Euro, was 70 Prozent der Mittel ausmache, die das Land für internationale Forschungsorganisationen ausbe, erklärte der Minister. Für neue Kooperationen sei daher kaum Geld vorhanden.

Selbst in der Bundesregierung findet sein Vorstoß nicht die volle Unterstützung, wie ich höre. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil es sich bei der CERN-Mitgliedschaft um eine staatsvertragliche Vereinbarung handelt und im Ministerrat und im Parlament müssten beide Regierungspartner ihre Zustimmung geben.

Graz gilt angesichts der Universitäts-, Fachhochschul- und Kompetenzzentren-Landschaft als eine der universitären Excellence-Städte auf der europäischen Landkarte. Für die internationale Reputation steht beispielhaft der bekannte „Weltraumpapst“ Univ.-Prof. Willibald Riedler. Aus diesem Grunde ist es auch für die WissenschaftlerInnen aus Graz von eminenter Bedeutung, wenn Österreich eine wissenschaftliche Führungsposition verlieren würde oder durch so einen Ausstieg verlieren könnte.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, als zuständiger Referent für die universitäre Forschung in Graz die

A n f r a g e ,

du mögest an den zuständigen Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn, an die Mitglieder der Bundesregierung und an den zuständigen parlamentarischen

Ausschuss seitens der Wissenschaftstadt Graz herantreten, im Interesse der österreichischen Forschungslandschaft vom Ausstieg Abstand zu nehmen und die hierfür notwendigen Mittel in einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herzlichen Dank, ich werde mich natürlich mit dem Herrn Wissenschaftsminister drüber unterhalten, vielleicht gibt es irgendeine andere Form einer Stiftung oder irgendwas, wie man das lösen könnte.

5) Mähen von brach liegenden Grundstücken

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nach dem Ausflug in die höhere Politik darf ich wieder eine, im wahrsten Sinne des Wortes, bodenständige Anfrage mitbringen. Gehen tut es ums Mähen von brach liegenden Grundstücken. Also, wenn jetzt die Eisheiligen am Samstag wieder aus der Natur verschwunden sind, dann wird hoffentlich der Sommer wieder ins Land ziehen und die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher, insbesondere der Außenbezirke, werden wieder mit einem Problem konfrontiert werden, das seit Jahren virulent ist, nämlich das Mähen von ungepflegten Grundstücken, und ich glaube, einige Kollegen aus der Bezirksvorsteherriege sind ja inzwischen auch im Gemeinderat und werden es vielleicht auch kennen. Wer einmal das Vergnügen oder das zweifelhafte Vergnügen hatte, in der Nachbarschaft eines solcherart verwahrlosten Grundstückes wohnen zu müssen, der kann sicher nachvollziehen, was das bedeutet und welches Problem das sein kann.

Es ist nicht in erster Linie ein optisches Problem, es geht vielmehr darum, dass die Verunkrautung und die Belastung durch tierische Schädlinge entstehen, die einem das Leben sehr arg vermiesen kann.

Wie schon gesagt, Herr Bürgermeister, das Problem ist nicht neu und wurde auch im Gemeinderat schon mindestens zweimal, und zwar im Oktober 2007 und im November 2008, einmal von Gemeinderat Rieger, SPÖ, einmal von Gemeinderat Mag. Kvas im Oktober 2008, hier vorgetragen in Form eines Antrages. Es wurde gefordert eine Petition an das Land, damit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, doch leider auf Nachfrage beim Land wissen die bisher nichts davon. Und jetzt frage ich mich, wenn sich die Grazerinnen und Grazer über ein Handyverbot freuen dürfen, das sehr rasch umgesetzt wurde, das war eine Aktion, die war binnen weniger Tage erledigt, wenn wir jetzt das Ruhezeitenproblem heute hier auch besprochen haben, was durchaus positiv ist, wenn zusätzliche Ruhezeiten in öffentlichen Bereichen geschaffen werden, ist es doch nicht sehr erfreulich, wenn die Grazerinnen und Grazer im Sommer 2009 noch immer nicht in der Lage sind, ihren eigenen Garten als Erholungszone zu nutzen, wenn sie das Pech haben, dass in der Nachbarschaft ein Grundstücksbesitzer sein Grundstück einfach nicht pflegen will. Und ich habe mir überlegt, warum ist es noch nicht passiert. Ich meine, da gibt es die Möglichkeit, dass es nicht wichtig genug ist, das glaube ich nicht, dann gibt es die Möglichkeit, die Verschwörungstheorie, das irgendwelche Lobbyisten es nicht wollen, das glaube ich eher auch nicht, eine menschliche Variante, dass man vielleicht drauf vergessen hat bisher, passiert mir öfters oder vielleicht eine Variante, an die ich nicht gedacht habe und deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

damit Sie mir das auch erzählen können, was haben Sie bisher unternommen, um die in den Gemeinderatsanträgen von Gemeinderat Rieger im Oktober 2007 beziehungsweise von Gemeinderat Mag. Kvas im November 2008 geforderten Voraussetzungen für die Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung in Bezug auf eine „Mähpflicht für brachliegende Grundstücke“ zu erwirken? Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Her Gemeinderat, herzlichen Dank, wir werden die Anfrage damals beantwortet haben, ich habe es jetzt nicht mehr auswendig im Kopf, wie man die beantwortet haben, aber eines ist wichtig, das ist natürlich optisch unangenehm,

wenn der Nachbar sein Grundstück nicht pflegt. Ich kriege ja meistens die Beschwerden, weil Sie das mit der Ruhezone gesagt haben, dass der Nachbar gerade dann, wenn du am Samstag Ruhe finden willst, den Motormäher anstartet und pflegt. Also mit der Ruhezonegeschichte, sehe ich schon ein, war das heute ein Vorstoß. Selbstverständlich werde ich schauen, wie wir das beantwortet haben und was wir als Stadt Graz tun können, um da einzuwirken. Wir haben nämlich darüber hinausgehend noch das Problem, wenn jemand in Graz ein Gartengrundstück nicht pflegt, auch meistens die Hecken gewaltig über den Zaun hinauswachsen und dann auch für Frauen mit Kinderwägen und auch Männer mit Kinderwägen Umwege in Kauf genommen werden müssen und dass auch ältere Personen einfach dann am Gehsteig keinen Platz mehr haben und wir dann immer wieder eingreifen müssen, aber das werden wir uns anschauen, ich muss das geschäftsordnungsgemäß am besten erledigen, weil dann kommen wir wieder zur Antwort.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Mag. **Haßler**: Ich kann es Ihnen vielleicht erklären und die Nachsuche verkürzen oder ersparen. Es geht darum, dass man mit dem Land Kontakt aufnimmt, dass die die gesetzliche Grundlage schaffen, damit wir eine ortspolizeiliche Verordnung erlassen können. Das heißt, entweder ein Gespräch mit dem Land oder eine Petition vom Stadtrat und dann Gespräche danach. Normalerweise müsste es hoffentlich im Sommer 2010 erledigt sein, mit gutem Willen auf jeden Fall machbar (*Applaus SPÖ*).

6) Zusätzliche Beleuchtung in der Starhembergasse

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die BewohnerInnen der Ennstaler Neue Heimat in der Starhembergasse 13 und 15 sind mit einer Bitte an uns herangetreten. Bei der Ein- beziehungsweise Ausfahrt der Wohnhaussiedlung zur Starhembergasse gibt es immer wieder Probleme aufgrund der schlechten Lichtverhältnisse. Abgesehen davon, dass es insgesamt in dieser Gasse zu wenig Beleuchtungskörper gibt, verdecken Bäume zusätzlich die vorhandenen Lichtquellen. Das hat dazu geführt, dass es bereits einige Zwischenfälle gegeben hat, wobei insbesondere Kinder der Wohnhaussiedlung sehr gefährdet sind. Eine Beleuchtung links und rechts bei der Zufahrt könnte dem Abhilfe schaffen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, um den Sachverhalt in der Starhembergasse 13 und 15 prüfen zu lassen und eine entsprechende Lösung im Interesse der BewohnerInnen herbeizuführen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

7) Geplantes Laufhausprojekt in der Neubaugasse

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Meine nächste Anfrage bezieht sich auf das geplante Laufhausprojekt in der Neubaugasse. Vor einigen Tagen haben sich BewohnerInnen des Bezirkes Lend an uns gewendet und um Unterstützung bei ihrem Protest gegen das geplante Laufhausprojekt in der Neubaugasse 37 gebeten. Ihre Sorge ist sehr

groß, dass sich durch dieses Bordell die Wohnsituation für die Bevölkerung und insbesondere für Jungfamilien mit Kindern deutlich verschlechtern wird und sie sprechen sich deshalb strikt gegen diesen Standort aus.

Da es auch im Interesse aller politisch Verantwortlichen in unserer Stadt sein muss, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Graz zu erhalten beziehungsweise zu verbessern, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu beauftragen, die bestehenden Gesetze daraufhin zu überprüfen beziehungsweise gegebenenfalls Möglichkeiten der Veränderung zu überdenken, damit auf Perspektive eine Ausnahmeregelung für Wohngebiete umgesetzt werden kann? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Personelle Ausstattung im Sozialamt

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Meine nächste Anfrage bezieht sich auf die personelle Ausstattung im Sozialamt. Ende April musste das Pflegeheim Marianne in Graz-Andritz wegen schwerer Missstände zum Schutz der Bewohner und Bewohnerinnen geschlossen werden. Es wurden Mängel in Pflege, Hygiene und Organisation festgestellt. Die grobe Vernachlässigung der Pflegebedürftigen hat sogar dazu geführt, dass jede/jeder Fünfte der insgesamt 87 Bewohner und Bewohnerinnen laut Sachverständigem Wundgeschwüre am Gesäß, am Rücken oder an der Ferse hatte.

Obwohl das Referat für Sozialplanung bei einer Informationsveranstaltung vor zirka zwei Jahren darauf hingewiesen hat, dass es drei Arten von Überprüfung für Pflegeheime und Pflegeplätze gibt - nämlich die Mängel-, Anlass- und Routinekontrolle - die aus ihrer Sicht dazu beiträgt, dass eine qualitätsvolle Pflege innerhalb der Stadt sichergestellt werden kann, löst dieser vorher skizzierte Sachverhalt Zweifel aus, ob die bisher getroffenen Maßnahmen im Interesse der Pflegebedürftigen ausreichend sind.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind zusätzliche Maßnahmen bezüglich einer Verbesserung der personellen Ausstattung im Sozialamt erforderlich beziehungsweise geplant, um eine dichtere Kontrolle zur Überprüfung der Pflegeheime und eine effektivere Fachaufsicht gewährleisten zu können (*Applaus KPÖ*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Nicht beantwortet Anfrage vom 15.1.2009 zu „Gastgärten auf öffentlichem Grund und Gewerbeordnung“

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 15. Jänner 2009 stellte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister, ich erspare mir und Ihnen jetzt die Verlesung der gesamten Anfrage, sondern lese lediglich die damalige Anfrage vor:

Wie viele Gastgärten wurden zum Stichtag 1. September 2008 in Graz ohne Durchführung eines ordentlichen Bewilligungsverfahrens nach der Gewerbeordnung betrieben und bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigen Sie, diesen gesetzwidrigen Zustand beizubehalten?“ Soweit meine damalige Anfrage.

Nunmehr hat die Gastgartensaison bereits begonnen, wenn man heute draußen war, möchte man meinen, sie ist schon wieder beendet, und die Anfragebeantwortung steht immer noch aus.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, meine Anfrage vom 15. Jänner 2009 schriftlich zu beantworten, wenn ja, mit welchem Zeithorizont habe ich für die schriftliche Ausfertigung zu rechnen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Herr Polz hat mir mitgeteilt, dass wir leider diese Frage wirklich oder Ihre damalige Anfrage noch nicht beantwortet haben, das konnten wir auch nicht, weil wir jetzt schon urgiert haben vom A 17, dass wir eine Antwort bekommen, damit ich Ihnen eine geben kann. Aber ich werde dahinter bleiben, dass wir die möglichst schnell auch haben. Dankeschön.

10) Sichtstörende Werbung in Straßenbahnen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Verkehrspolitik muss

sein, die öffentlichen Verkehrsmittel als preiswerte, sichere und angenehmere Alternative dem Individualverkehr gegenüberzustellen.

Größere und kleinere Faktoren wirken sich auf die Zufriedenheit der Fahrgäste aus: So wird von der Politik stets die Preisgestaltung im Auge zu behalten sein, die Fahrfrequenz muss - vor allem abends - noch deutlich verbessert werden u. a. m.

Ein Umstand, der ganz sicher nicht zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, sondern eher zur Verärgerung vieler zahlender Fahrgäste, beiträgt, aber leicht zu korrigieren wäre, ist die Unsitte, Fenster durch Werbefolien zu verkleben und so den Passagieren den Blick auf unsere schöne Stadt zu erschweren oder zu verunmöglichen. Erfolgt diese aufdringliche Gestaltung blickdicht und über mehrere Scheiben zugleich, wird vor allem älteren Passagieren, wie mir zum Beispiel, auch die Orientierungsmöglichkeit reduziert.

Wenn schon Werbung sein muss, so bieten die Metallflächen der Verkehrsmittel garantiert genug Raum für entsprechende Reklamehinweise.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an dich folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, darauf hinzuwirken, dass in Zukunft die Sichtscheiben der öffentlichen Verkehrsmittel in Graz zur Gänze als Werbeflächen ungenutzt bleiben (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wir werden schauen, dass wir diese Sichtscheiben frei kriegen. Geschäftsordnungsgemäß wird es erledigt.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Verwendung für funktionslos gewordenes GVB-Wartehäuschen

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Den Titel haben Sie bereits erwähnt. Die KPÖ setzt sich - auch mit Anfragen im Gemeinderat - stets dafür ein, dass mehr GVB-Wartehäuschen errichtet werden.

Oft wird uns dann entgegnet, dass dies aus verschiedensten Gründen nicht möglich wäre. Jetzt hat sich aber folgender Fall ergeben: Wegen der Verlegung einer GVB-Haltestelle in der Straßganger Straße ist das bestehende Wartehäuschen auf Höhe Spar funktionslos geworden, weil an der neuen Haltestelle kein Wartehäuschen Platz findet.

Es wäre sinnvoll, dieses Wartehäuschen zu einer Haltestelle zu transferieren, wo die GVB-Passagiere ein Wartehäuschen wollen, auch hierfür gibt es schon Vorschläge, wo die Wünsche sind.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, bei den GVB die oben angesprochene Verlegung dieses funktionslos gewordenen Wartehäuschens anzuregen? Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, sehr aufmerksam, bevor dieses funktionslos gewordene und vor sich hinwartende Wartehäuschen einer anderen Verwendung zugeführt wird, wäre es wahrscheinlich wirklich gescheit, es wohin zu transferieren, wo man es brauchen kann. Ich werde das auch an die Verantwortlichen unserer Graz AG weitergeben.

12) Störfälle bei elektronischen Anzeigetafeln an GVB-Haltestellen

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kollegen! Die elektronischen Anzeigetafeln an GVB-Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen sind sicherlich ein sehr gutes Service, das besonders auch älteren Menschen, glaube ich, sehr entgegenkommt. Wie wir aber jetzt über Monate bereits feststellen konnten, ist gerade dieses Service sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, weil eben diese Anzeigentafeln immer wieder ausfallen und dann irgendwelche Kundeninformationen sind, aber eben keine Angabe, wann die nächste Straßenbahn oder der nächste Bus kommt. Das spitzt sich sogar dann so zu, dass manchmal die Störfälle so sind, dass es heißt, neun Minuten, sieben Minuten, fünf Minuten, drei Minuten und kaum ist er auf einer Minute, geht es dann wieder auf neun Minuten retour, sodass man glaubt, man ist nicht im richtigen Film.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG, zu der die GVB 100 % gehört, sämtliche Veranlassungen zu treffen, um der im Motivenbericht dargestellten Problematik Herr zu werden? Bitte darum, danke.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Nachträgliches Aufrüsten auf Solarenergie, Messehalle

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um das nachträgliche Aufrüsten auf Solar- und Photovoltaiktechnologie bei der Grazer Messehalle und bei der Grazer Stadthalle. Bereits im Zuge der Entwurfsplanungen für die neue Messehalle und auch der seinerzeit errichteten Stadthalle hätte man die entsprechende Nutzung der Dachflächen für Solar- und Photovoltaiktechnologie berücksichtigen müssen, auch damals war es ein großes Thema, alternative Energiegewinnung. In Summe handelt es sich hierbei um eine beachtliche Gesamtdachfläche, die privaten Investoren in dieser Größe nur selten zur Verfügung steht. Die Dachfläche der neu gebauten Messehalle A beträgt 11.150 m² und jene der Stadthalle inklusive Vordach beträgt 10.750 m².

Die Stadt Graz hat es verabsäumt, hier im großen Stil Solar- und Photovoltaiktechnologie zum Einsatz zu bringen. Das wäre eine große Chance gewesen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), endlich eine Vorreiterrolle in Sachen „saubere Energiegewinnung“ einzunehmen, siehe am Paradebeispiel Solarstadt Gleisdorf. Ganz nebenbei hätte sich eine derartige Anschaffung sehr rasch amortisiert, da in diesem Segment der Energiegewinnung die Anschaffung den größten Anteil der notwendigen Kosten ausmacht, wohingegen die Energiegewinnung selbst nahezu kostenlos erfolgt.

Sie, geschätzter Herr Bürgermeister, haben zwar in der Vergangenheit bereits eingeräumt, dass hier auf die Berücksichtigung von Solarenergie schlicht und einfach „vergessen“ wurde, aber Korrekturvorschläge sind bisher keine erfolgt.

Ein nachträgliches Aufrüsten ist zwar nur beschränkt möglich ist, da die Decken beider Hallen nahezu am Limit ihrer Belastungskapazitäten stehen, zumal bei der Halle A ein sehr aufwendiges Blitzschutzsystem angebracht wurde, dennoch sollten alle möglichen Maßnahmen geprüft werden.

Daher richte ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, Gutachten einholen zu lassen, in welchem Umfang eine Installation von Solar- und Photovoltaiktechnologie bei gegenständlichen Gebäuden, unter Berücksichtigung der vorhandenen baulichen Substanz, möglich ist, um diese im

Anschluss dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Selbstverständlich gibt es Gemeinden und Städte, die ebenfalls sehr vorbildhaft schon unterwegs sind, ich verweise nur darauf, wir haben in der Stadt Graz wunderbare Projekte, ob das im Landeskrankenhaus der Fall ist, ob das bei unserer AEVG ist, jetzt dieses große Solarprojekt, das wir auch beim Wasserwerk Andritz machen und, und, und. Bei dem Bau der neuen Messehalle, habe ich schon mehrfach beklagt, dass beim Projektieren diese Chance vertan wurde, es wurde aber der Auftrag an die Vorstände gegeben, uns möglichst bald ein Konzept vorzulegen ganz in dem Sinne, wie Sie es gesagt haben, ich hoffe, dass wir es dann nicht im Gemeinderat beschließen müssen, sondern dass wir es in irgendeiner Form direkt auch in der Messe finanzieren werden können. Und ich bin da ganz bei Ihnen.

14) Heimgartenbesitzer, Jahresticket Grüne Zonen

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Anfrage betrifft das Zwei-Jahres-Ticket für Grüne Zonen für Heimgartenbesitzer. Graz beheimatet im Stadtgebiet zahlreiche Heimgartenanlagen. Diese stellen für ihre Betreiber ein finanziell erschwingliches und vor allem leicht erreichbares Naherholungsgebiet dar.

Nun sind in Zukunft gerade die Bezeichnungen „leicht erreichbar“ und „finanziell erschwinglich“ stark gefährdet. Die geplante und teils bereits umgesetzte Ausweitung der Grünen Zonen auf das gesamte Stadtgebiet macht auch vor den Grazer Heimgartenanlagen nicht halt.

Leider mussten nun viele Betreiber erfahren, dass sie beim Kauf eines Jahrestickets für die Grünen Zonen nicht analog zu den Hauptwohnsitznehmern behandelt werden,

sondern vielmehr den gesamten Ticketpreis zu bezahlen haben. Ausnahmen scheinen nicht möglich zu sein.

Erstaunlich hierbei ist allerdings die Tatsache, dass die Heimgartenbesitzer, wenn es darum geht, Gebühren zu entrichten, die dem Haupt- oder Nebenwohnsitznehmer in Rechnung gestellt werden, durchaus in diesem Sinne behandelt werden.

Wenn es allerdings darum geht, Vergünstigungen, wie eben jene des verbilligten Zweijahrestickets für die Grünen Zonen, in Anspruch zu nehmen, dann bleiben ihnen diese vorenthalten. Die Grünen wie auch Blauen Zonen lassen Vergünstigungen nur für den Hauptwohnsitznehmer zu.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz durch die entsprechenden Stellen und Ämter prüfen zu lassen, ob auch für die Besitzer von Heimgartenanlagen ein reduzierter Kaufpreis von Dauerparkgenehmigungen in den Grünen Zonen anwendbar ist? Das heißt, anstatt der Jahrespauschale von 324 Euro, dass diese Heimgärtner in den Genuss dieser Zweijahrespauschale von 132 Euro kommen (*Applaus FPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Enquete zum Thema Opferschutz für Kinder

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 13.11. letzten Jahres hat der Kollege Baumann namens der Grünen auch im Namen Ihrer Fraktion einen Antrag gestellt, und zwar eine Enquete zum Thema Opferschutz für Kinder zu veranstalten.

In Ihrer Antwort vom 16. April haben Sie dann mitgeteilt, und zwar sinngemäß, dass es derzeit leider keine budgetären und personellen Ressourcen gibt und die zur Verfügung stehen, um eine derartige Veranstaltung auch durchzuführen. Ebenso erläutern Sie, dass eine budgetäre Nachbedeckung nicht mehr möglich ist. Ich denke, auf jeden Fall besteht ein Aufklärungsbedarf in der Frage, ob in unserer Stadt tatsächlich kein Geld für jene vorhanden ist, die unseres Schutzes am meisten bedürfen, nämlich die Kinder.

Daher stelle ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

- Stimmt es, dass Sie nicht bereit sind, für die im Betreff angeführte Veranstaltung budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen?
- Halten Sie eine Veranstaltung dieser Art für nicht zielführend?
- Werden Sie sich in naher Zukunft für die Durchführung gegenständlicher Enquete verwenden (*Applaus FPÖ*)?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.